



5 vor 12 - Kann Europa seine Versprechen erfüllen?

Protokoll der Expertenkonferenz vom 24. Jänner 2012

Am 24. Jänner 2012 lud der Sozialsprecher der ÖVP Europa-Delegation Heinz K. Becker zu einer Expertendiskussionsrunde mit Sozialkommissar László Andor, Mitgliedern der EU-Kommission, des Europäischen Parlaments, Wissenschaftlern und Generationenvertretern.

Der Fokus wurde auf die Reform(un)willigkeit in Europa und die fehlende Umsetzung der EU-Vorschriften seitens der Mitgliedsstaaten gelegt.

Die Bewältigung der Staatsschuldenkrise erforderte in den letzten Monaten viel Aufmerksamkeit. Ein anderes drängendes Problem gerät da leicht in den Hintergrund, das aber eng mit der Frage der Staatsschulden zusammenhängt: der demografische Wandel.

Erstmals in der Geschichte Europas sind in diesem Jahr mehr Menschen in Ausbildung oder Pension als im aktiven Erwerbsleben. Bisher geschieht aber immer noch zu wenig, um unsere Gesundheits- und Pensionssysteme daran anzupassen und langfristig finanzierbar zu halten.

In den letzten Monaten sind einige grundlegende Entscheidungen auf europäischer Ebene getroffen worden, die auch auf eine Reform der sozialen Systeme in den Mitgliedstaaten abzielen:

- Derzeit wird ein "Fiskalpakt" zwischen 26 EU-Ländern ausgearbeitet, der Obergrenzen für Staatsausgaben vorsieht.
- Bereits seit dem vergangenen Jahr macht die EU-Kommission im Rahmen des "Europäischen Semesters" regelmäßig Reformvorschläge für jedes Mitgliedsland, zu deren Umsetzung sich die Staaten verpflichten. Österreich hat die Vorschläge zur Pensionsreform bisher ignoriert. Diesem Mechanismus wurde im Herbst 2011 ein "Six-Pack" genanntes Überwachungsverfahren zur Seite gestellt, das stärkere Haushaltsdisziplin und Strukturreformen in den Mitgliedsstaaten durchsetzen soll.

- Die Kommission wird in den nächsten Wochen ein "Weißbuch Pensionen" vorlegen, in dem sie Vorschläge für angemessene, sichere und nachhaltige Pensionen machen wird.
- Das Jahr 2012 ist das Europäische Jahr des Aktiven Alterns und der Solidarität zwischen den Generationen. Verschiedene europäische Initiativen sollen dabei für die Herausforderungen des demografischen Wandels sensibilisieren und Wege zur Bewältigung aufzeigen.

Heinz K. Becker betonte dabei immer wieder, dass wir uns vielleicht in einer Staatsschulden- oder Maßnahmenkrise befinden, aber in keiner EU-Schuldenkrise!

Pensions- und Gesundheitsreformen sind nach Meinung Heinz K. Beckers Voraussetzung für ein funktionierendes Sozialsystem der nächsten Generationen.

Angesichts dieser Vorhaben stellte er folgende Frage: Kann Europa seine Versprechen erfüllen? Wie ist es um den Reform(un-)willen der europäischen Regierungen zur Sicherung der sozialen Systeme bestellt?

Verweisend auf die Notwendigkeit einer Pensions- und Gesundheitsreform für ein funktionierendes Sozialsystem der zukünftigen Generationen eröffnete Heinz K. Becker seine Expertenkonferenz.

Kommissar Laszlo Andor für Beschäftigung und Soziales:

Im großen Kontext begrüßte der Kommissar, dass die Europäische Kommission jetzt eine Agenda für Wachstum und Beschäftigung hätte. Leider würden frühere Warnungen nicht gehört, aber besser spät als nie. In Anbetracht einer doch längeren Krise und einer asymmetrischen EU-Wirtschaft bestehe der klare Bedarf nach einer Revision der Europa 2020 Strategie zur Wiederherstellung eines Gleichgewichts.

Jugendbeschäftigung sei eine klare Priorität der Kommission und die dahingehenden Strategien dürften laut Andor nicht als Selbstläufer betrachtet werden, sondern müssten konstant den Verhältnissen angepasst werden. Dasselbe verlangte die Kommission aber auch von den Mitgliedsstaaten - vor allem von denjenigen mit überdurchschnittlich hoher Jugendarbeitslosigkeit.

In der Kommission werde derzeit an einem neuen Arbeitspaket gearbeitet, dessen Eckpunkte folgendermaßen zu umreißen sind:

- Die Identifikation von Schlüsselaktionen für Beschäftigungsmöglichkeiten,
- Ein Fokus auf Sektoren, die in Zukunft verstärkt von Bedeutung sein würden, wie die Technologiebranche, "grüne" Jobs und Arbeit im Sozialbereich, insbesondere der Pflege,
- Außerdem ein noch stärkerer Fokus auf die Mobilität von Arbeitnehmern und die bessere Anerkennung und Qualität von non-formaler Arbeit.

Auf jeden Fall müsste, so Andor, auch die Rolle des Europäischen Sozialfonds gestärkt werden um in diesem Kontext besser und effektiver agieren zu können.

Nur mit einer klaren Prioritätensetzung Richtung Arbeit könnte die Krise vollständig überwunden und die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft wiederhergestellt werden.

Auch strukturellen Veränderungen müsste frühzeitig begegnet werden. Das herannahende Rentenalter der "Baby-Boomer"-Generation würde massive Veränderungen in der gesellschaftlichen Balance nach sich ziehen. Dem müssten entsprechende Taten nicht nur folgen, sondern vorausgehen. Eine alternde Gesellschaft -was an sich eine Errungenschaft sei- berge auch große Gefahren für das Sozialsystem, das Wirtschaftswachstum und die Solidarität zwischen den Generationen in sich. Der Kommissar stellte fest, dass die unausweichliche Rechnung nicht einfach an spätere Generationen weitergereicht werden dürfe.

Hier könnte "Aktives Altern" sein Potential voll ausspielen, indem sichergestellt werde, dass alle Generationen von den Früchten einer hohen Lebenserwartung profitierten.

Alternde Gesellschaften könnten, laut Ansicht des Kommissars auch produktive und wachsende Gesellschaften sein. So auch die Zielsetzung der Strategie Europa 2020.

Auch das bald erscheinende Weißbuch Pensionen der Kommission würde darauf abzielen eine gute Balance zwischen Arbeitszeit und Rente zu erreichen. Davon würde die Zukunft der europäischen Pensionssysteme abhängen.

"Unser Ziel ist es ein Umfeld voller Möglichkeiten zu schaffen, in dem alt sein nicht gleichzeitig Abhängigkeit von Anderen bedeutet", so Kommissar Andor, "Entscheidend wird es sein, dafür zu sorgen, dass ältere Menschen ihren Beitrag zur Gesellschaft leisten und unabhängig für sich selber sorgen können." Jedoch ließe sich ein einheitliches Pensionsalter in der Europäischen Union nur mit einem einheitlichen Pensionssystem verwirklichen.

Auf eine entsprechende Frage nahm Andor abschließend Stellung zum Thema Immigration im Bezug auf den Arbeitsmarkt und merkte an, dass die Kommission bereits an einem entsprechenden Grünbuch arbeitete.

Markus Schulte, Politikkoordination und strategische Planung, Generaldirektion ECFIN

Herr Schulte erklärte, dass der Jahreswachstumsbericht 2020 Zielsetzungen übersetze und dass die Rolle des Wachstums wichtiger geworden wäre als je zuvor.

In der Wachstumsagenda spiele die EU-Ebene eine große Rolle und eine effiziente Verwendung der EU-Haushaltsmittel sei absolut essentiell. Ohne die Wiederherstellung eines makroökonomischen Gleichgewichtes wäre auch die Wiederherstellung des Vertrauens der Bürger unmöglich, denn dieses Ungleichgewicht bringe Faktoren wie erhöhte Staatsschulden, eine fragile Situation im Finanzsektor und die Abschwächung des Wachstums mit sich.

Worauf es wirklich ankäme wäre die Umsetzung der schon bestehenden Empfehlungen der Europäische Kommission an die Mitgliedsstaaten.

Der im November letzten Jahres veröffentlichte Jahreswachstumsbericht 2012 möchte diese Themen verstärken und hat sich dabei auf fünf Themenbereiche beschränkt.

Zu den kurzfristig notwendig gewordenen Maßnahmen gehört die Haushaltskonsolidierung, welche wachstumsfördernd ausgelegt sein muss. Es brauche eine ambitionierte Wachstumsagenda mit Strukturreformen. Die Verantwortung dabei läge allerdings alleinig bei den Mitgliedsstaaten - denn die Vorgaben lägen schon auf.

Das Instrument des Europäischen Semesters 2011 sei insgesamt als Erfolg anzusehen. 2012 werde die Europäische Kommission auf diesen Erfolgen aufbauen und den wirtschaftspolitischen Dialog forcieren.

Thomas Mann, MdEP

"Gerechtigkeit ist ein Thema für Menschen mit Werteorientierung", so Thomas Mann. Er möchte erreichen, dass sich Jung und Alt nicht gegeneinander ausspielen lassen, sondern aufeinander zudenken. "Wir haben es selbst in der Hand, dass die Idee der Sozialen Marktwirtschaft im Alltag bei den Bürgern stärker erlebbar wird. Dazu gehören der Respekt voreinander und eine echte Solidarität zwischen den Generationen. Dieses Denken war mir Leitmotiv für einen Bericht, den ich im Europäischen Parlament ausgearbeitet habe", fügte er hinzu.

Erstmals werden auf europäischer Ebene konkrete Maßnahmen und Instrumente für jüngere und ältere Bürger in einem Paket gebündelt. Er betonte, dass es notwendig wäre konkrete Maßnahmen zu verwirklichen und appellierte an die 27 EU-Mitgliedstaaten, gute Rahmenbedingungen für eine gerechte Zukunft der Generationen zu schaffen. Er habe sich auch gefreut, dass die Europäische Kommission, der Rat und das Europäische Parlament die Forderung aus seinem Bericht aufgegriffen und das Jahr 2012 zum Jahr des "Aktiven Alterns" ausgerufen haben. Das sei das richtige Signal zur richtigen Zeit!

Wachsende Diskrepanz zwischen Jung und Alt

Um der Diskrepanz zwischen Jung und Alt entgegenzuwirken und die Debatte auf eine stabile Grundlage zu stellen, fordere er die Erstellung von Generationenbilanzen in den Mitgliedstaaten. Mit diesen könnten die Zahlungsströme zwischen den Jahrgängen sowie die Leistungen und Belastungen jeder Generation verlässlich abgebildet werden. Mit dem "Generationen-Check" sollte eine verbindliche Gesetzesfolgen-Abschätzung auf europäischer und nationaler Ebene eingeführt werden, welche eine langfristige Kosten-Nutzen-Bewertung ermögliche.

Rentner dürften nicht aus Altersgründen benachteiligt werden

Die nationalen Altersgrenzen zur Renten-Berechtigung sollten beibehalten werden. Deutschland hat sich darauf verständigt, die Rente schrittweise von 65 auf 67 Jahre anzuheben. Dabei dürften ältere Arbeitnehmer nicht gegen ihren Willen gezwungen werden, eine Beschäftigung aufzugeben, etwa aufgrund von willkürlich festgelegten Altersgrenzen. Der Europäische Gerichtshof erteilte einem Zwangsruhestand ab Renteneintrittsalter eine klare Absage. Rentner dürften sich auf offene Stellen bewerben und nicht aufgrund ihres Alters benachteiligt werden.

Jung und Alt

Dieser Pakt sollte Realität in den Unternehmen werden, indem sich altersgemischte Teams an Arbeitsplätzen bilden. Die Kreativität der einen und die Erfahrung und Kompetenz der anderen sollten zum gemeinsamen Erfolg führen. Mit dem Pakt sollten bis 2020 folgende Ziele erreicht werden:

1. Die Erwerbstätigenquote von Arbeitnehmern über 50 sollte von durchschnittlich 46% auf mehr als 55% steigen.

2. Die Frühverrentung und deren finanzielle Förderung müssten europaweit abgebaut werden.
3. Stattdessen sollten die Mitgliedstaaten Mittel für Menschen über 50 Jahre zur Verfügung stellen.

Jugendarbeitslosigkeit nicht vergessen!

In der öffentlichen Diskussion würde die Jugendarbeitslosigkeit viel zu oft vernachlässigt. Sie liege in Spanien bei 40,5%. Dieses möchte er über die "Europäische Jugendgarantie" ändern. Er habe vorgeschlagen, dass sich öffentliche und private Arbeitgeber verpflichten, jedem Jugendlichen nach einer Arbeitslosigkeit von maximal vier Monaten einen Arbeitsplatz, eine Lehrstelle oder eine Ausbildungsmaßnahme anzubieten - gemäß dem Prinzip "Fördern und Fordern".

Ria Oomen Ruijten, MdEP:

Frau Oomen-Ruijten erklärte, dass die über 60-Jährigen in ihrer Zahl immer mehr würden und der größte Anstieg zwischen 2015 und 2035 zu erwarten wäre. "Gerade deshalb wird ein Aktives und Gesundes Altern immer notwendiger", so Frau Oomen Ruijten.

Europaweit standen 2008 vier Leute in Beschäftigung einer Person in Pension gegenüber. Im Jahre 2060 würde das Verhältnis zwei zu eins sein. Weiters werden junge Menschen den Arbeitsmarkt später treten und ältere Menschen arbeiten nicht bis zum gesetzlichen Pensionsalter. Im Jahre 2050 werde das Arbeitskräftepotential dadurch von 305 Millionen auf 250 Millionen Menschen schrumpfen.

Sie unterstütze die Diskussion auf europäischer Ebene, wäre aber strikt gegen eine Anhebung und Generalisierung des Pensionsalters auf europäischer Ebene. Denn die unterschiedlichen Systeme in den einzelnen Mitgliedsstaaten und die unterschiedlichen demographischen Entwicklungen (Beispiel: Das Durchschnittsalter eines Schweden liege bei 79, jenes eines Rumänen bei 69) machten dies unmöglich. Deshalb spreche sie sich auch vehement für eine Vereinheitlichung des Pensionsalters in der EU aus. Allerdings fordert sie eine Diskussion - und zwar auf europäischer Ebene.

"Wir brauchen eine Umstrukturierung der bestehenden Systeme, um deren langfristige Finanzierbarkeit zu gewährleisten. Wenn Solidarität nicht mehr finanziert werden kann, haben wir ein großes Problem", argumentierte Oomen-Ruijten.

Mitgliedsstaaten und Sozialpartner versuchten das Pensionsalter anzuheben und es der Alterserwartung anzupassen. Das wäre Ihrer Meinung nach ganz normal. Allerdings sei es aufgrund der demographischen Unterschiedlichen Gegebenheiten in den der EU einfach nicht möglich.

"Die Europäische Kommission spricht immer von Nachhaltigkeit und Angemessenheit von Pensionen. Ich frage mich nur, was versteht man unter adäquat? Meiner Meinung

nach ist das eine Zusammenstellung aller drei Säulen. Allerdings ist es bislang nur bei Leuten möglich, die genügend Ersparnisse haben. Mitgliedsstaaten brauchen ausgeglichene Haushalte und eine niedrige Inflation, das wirkt sich auch positiv auf den kleinen Sparer aus. Wenn wir keine Systeme bauen, die weniger abhängig sind vom Staat, dann können auch die jungen Leute in der Zukunft unbeschwert leben!" fügte sie hinzu.

Ein wichtiger Aspekt bei der Pensionspolitik sei auch die Nachverfolgbarkeit der eigenen Pensionsansprüche, denn viele Leute wüssten einfach über die eigenen Ansprüche nicht Bescheid. Die Europäische Kommission wäre hier gefordert aktiv zu werden. Weiters fände sie es unumgänglich eine ständige Weiterbildung -also Lebenslanges Lernen für Jedermann - zu gewährleisten. Ebenso lobte sie den Vorschlag des Kommissars, die Notwendigkeit, das effektive Pensionsalter anzupassen und Frühpensionen einzuschränken, in das Weißbuch aufzunehmen.

Prof. Helmut Kramer, Österreichische Plattform für Interdisziplinäre Altersfragen

"Ich gehe davon aus, dass die gesellschaftliche Alterung eine Entwicklung ist, die nicht nur die älteren Menschen betrifft, sondern auch die Pensionsfragen und Altersfragen und die Lebenssituation und Perspektiven der jungen Generation und der Kinder. Es sei auch eine Entwicklung, die nicht nur mit arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Maßnahmen strategisch zu steuern ist, sondern auch mit Analyse und politischer Initiative im Bildungswesen, gesellschaftlicher Lebensauffassung, Organisation von Freiwilligen-Arbeit und Ethik zu tun hat", so Professor Kramer. Er bemerkte, dass die Arbeiten am angekündigten Weißbuch der Kommission von einer noch deutlich schwieriger gewordenen Perspektive ausgehen müssten als das Grünbuch.

Die wichtigsten Entwicklungen, die seiner Meinung nach bedacht und in die Analysen einfließen müssten, wären:

- Die sprunghaft gestiegene Staatsverschuldung und die Notwendigkeit bei gleichzeitig gedämpften Wachstumserwartungen, diese über einen Zeitraum von Jahren abzubauen. Sie würden den Gestaltungsspielraum der Politik stark einengen und reduzierten die Beschäftigungsmöglichkeiten, die Masseneinkommen und die Arbeitsplätze. Sie verstärken Interessenkonflikte und tendieren auch dazu, zwischen der älteren Generation und der jüngeren, demografisch schmaleren Generation Gräben aufzureißen. Die zentrale Strategie, nämlich den Antritt des Ruhestands der gestiegenen Lebenserwartung und der verbesserten Gesundheit anzupassen, wäre dabei keineswegs falsch, seine Gangbarkeit jedoch durch steigende Jugendarbeitslosigkeit und zunehmend prekäre Beschäftigungsverhältnisse erschwert.
- Die Säule der Kapitaldeckung der Altersvorsorge hätte unmittelbar und grundsätzlich Schaden genommen. Nicht nur Aktien als Kapitalbasis hätten durch massive Rückschläge und hohe Volatilität schwer enttäuscht, sondern sogar Anleihen

souveräner Staaten. Die private Sparquote der Bevölkerung würde vielfach schon in jüngeren Jahren zwangsläufig steigen müssen.

- Die anhaltende Krise hätte das Vertrauen in die Politik und das Verständnis für wirtschaftliche und soziale Zusammenhänge tiefgreifend erschüttert. Es brächte Prinzipien wie Fairness, Angemessenheit, Sicherheit ins Wanken. Schaden genommen hätte dabei leider auch die europäische Idee.
- Die Politik müsse die fundamentale Erschütterung der Bevölkerung ernst nehmen, die Auffassungen der Bevölkerung ihre Seele erreichen. Sie müsse die Angst der Bevölkerung nehmen, das Vertrauen wieder herstellen und Zuversicht für die Zukunft aufbauen.
- Daher wären Strategien vorrangig, die einerseits mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht falsch sind und die andererseits der breiten Mehrheit der Bevölkerung erklärbar und einleuchtend sind. Die Früchte solcher Ansätze würden vielfach erst nach Jahren reifen: dazu zählten fundamentale Verbesserungen des Bildungssystems und konsequente Auseinandersetzung mit den Verhältnissen des 21. Jahrhunderts in Pädagogik, gesellschaftlicher Diskussion, Abbau von überholten Lebenszielen, Einsatz von neuen Technologien, also eine Hebung der Bildungskultur auf allen Altersstufen, einschließlich besonders auch der politischen Bildung. Dies sind zentrale Ansätze, die trotz Sparmaßnahmen verstärkt werden müssten.
- Berufs-, generationenspezifische und nationale Sonderinteressen müssten gegenüber der Solidarität und Fairness, im nationalen und internationalen Umfeld, zurückdrängt werden. Dafür wäre wesentlich mehr Einsicht und Verständnis breiter Bevölkerungsschichten und der Medien Voraussetzung.
- Selbstverständlich schließe dies verstärkte innerbetriebliche Bildung und den Gedanken des lebenslangen Lernens als wichtige Elemente ein. Darüber hinaus ginge es um die noch lange nicht gelungene Anpassung der Arbeits- und Sozialbedingungen an die Bedürfnisse und an die individuelle Leistungsfähigkeit und Präferenzen von Frauen und Männern mit Familienpflichten und besonders auch von Menschen, also in vieler Hinsicht um eine Flexibilisierung gegenüber bisher starren Systemen. Das ziele auf eine Stärkung der individuellen Autonomie in der Lebensgestaltung ab.

Univ.-Prof. DDr. Gerald Schöpfer, Universität Graz

Herr Prof. Schöpfer erklärte, dass - wenn die sozialen Systeme erhalten werden sollten - Immigration angesichts der rückläufigen Geburtenrate eine politische und ökonomische Notwendigkeit wäre. Wir hätten das Problem der Überalterung mit zwei Phänomenen: eine alternde Bevölkerung, aber keine jungen Leute die nachkommen.

Unser Sozialsystem basiere auf Umlagen. Leider wäre dieses System - wie auch in den meisten anderen Staaten - durch die demographischen Veränderungen bedroht. Er betonte, wie wichtig denn gerade in dieser Zeit wäre sich Gedanken um den immer stärker werdenden Pflegebedarf aufgrund der Nebeneffekte des Länger Lebens (Demenz oder Alzheimer) unumgänglich wären. Allein die körperliche Beeinträchtigung steige mit zunehmendem Alter und die Krankheiten würden sich bis zum Jahr 2030

verdoppeln. Neue Krankheiten, wie Übergewichtigkeit oder Zuckererkrankungen, Herz-Kreislauferkrankungen (durch übermäßigen Nikotin oder Alkoholkonsum) stellten neue Ausgaben für den Gesundheits- und Pflegesektor dar. Herr Prof. Schöpfer betonte aber, dass es schade sei, dass wir - gerade in Österreich - die Gesundheitspolitik mit Mitteln der Reparatur statt mit Prävention betreiben. Äußerst negativ sah er, dass nur etwa 10 % der Bevölkerung sich einer Gesundheitsvorsorgeuntersuchung unterziehen. Dabei hätten wir doch alle eine gewisse Selbstverantwortung.

Ein überaus bekanntes Problem in Österreich wäre auch die Polypharmakologie, sprich, jeder Mensch nehme mehr als 3-5 Medikamente ein, welche sich mitunter entweder gegenseitig aufheben oder auch gefährlich werden könnten. Zudem fördere die freie Arztwahl den freien und somit unkontrollierten Medikamentenkonsum.

Ein Sektor, in dem man unbedingt tätig werden müsste, wäre seiner Ansicht nach der Pflegesektor. Er müsste weiter ausgebaut und variiert werden. Die Leute sollten die Möglichkeit haben, solange wie möglich in den eigenen vier Wänden zu bleiben und nicht unbedingt gleich ins Heim gegeben werden. Noch dazu ginge Österreich allmählich das Pflegepersonal aus, da wir einfach zu wenige Hilfskräfte hätten. Deshalb werden Pflegekräfte aus dem Osten geholt.

Zum Schluss betonte er, dass wir leider in einer Zeit leben in der der Jugendwahn herrsche, wir aber das Altern durchaus positiv sehen sollten!

Anne-Sophie Parent, Generalsekretärin der AGE Plattform Europe

Frau Anne-Sophie Parent verwies am Beginn ihres Vortrages auf das vor kurzem ausgearbeitete Manifesto der AGE Plattform Europe (siehe Link unten), in dem gemeinsam mit zahlreichen anderen Akteuren (Nicht-Regierungsorganisationen, Sozialpartner, Arbeitgebervertreter, öffentliche Behörden,...) zur Schaffung einer altersfreundlichen Europäischen Union bis 2020 aufgerufen wurde. Dieses Manifesto fasst in einem Papier alle Maßnahmen zusammen, welche in den Augen der AGE Plattform zur Sicherung der Pensionssysteme und einer nachhaltigen Solidarität zwischen den Generationen zu ergreifen seien.

Als Reaktion auf die bereits von den Vorrednern vertretenen Positionen fasste Frau Parent die Ansicht der AGE Plattform hinsichtlich der folgenden Themenbereiche zusammen:

Längeres Arbeitsleben

Frau Parent versicherte, dass auch innerhalb der AGE Plattform Einstimmigkeit herrsche bezüglich der Notwendigkeit eines längeren Arbeitslebens sowie der Schaffung neuer Möglichkeiten. "Allerdings dürfen ältere Menschen erstens nicht zum Verbleib im Arbeitsleben gezwungen werden und müssten zweitens die nötigen sozialen Voraussetzungen für einen solchen Verbleib vorfinden", fügt sie hinzu. Außerdem sollte laut Parent das Pensionsantrittsalter weniger an die Lebenserwartung selbst, sondern

vielmehr an die Anzahl jener Jahre gekoppelt werden, die ein Mensch durchschnittlich in Gesundheit lebend kann.

Aktive Teilnahme in der Gesellschaft

Auch hier unterstützt AGE die grundsätzliche Stoßrichtung hin zu einem stufenweisen Übergang zwischen Arbeitsleben und Ruhestand sowie einer aktiven Eingliederung älterer Menschen in die Gesellschaft, etwa durch Freiwilligentätigkeit oder auch informelle Pflege, jedoch müssten auch hier die Grundvoraussetzungen garantiert werden. Diese bestünden laut Anne-Sophie Parent insbesondere in einer adäquaten Pension, welche in den Augen der AGE Plattform zurzeit nur in einem staatlich kontrollierten System gesichert sei. "Zwar sind wir nicht grundsätzlich gegen einen Wechsel hin zum stärker privaten, staatlich geförderten System, doch muss zunächst sichergestellt werden, dass dieses erstens alle Personen gleich behandelt - insbesondere Frauen - und sich zweitens die Menschen auf lange Sicht darauf verlassen können", stellte Parent klar.

Unabhängiges Leben

Auch hier unterstütze AGE die Entwicklung hin zu mehr Autonomie und weniger Abhängigkeit älterer Menschen im Lebensalltag. Allerdings sei der Zugang zur direkten Umwelt noch stark verbesserungsfähig. In diesem Zusammenhang lobte Frau Parent den Vorschlag für einen Rechtsakt über Zugänglichkeit, welchen die mit Grundrechten befasste Generaldirektion der Europäischen Kommission Ende 2012 vorlegen wird und welcher insbesondere in den Bereichen Transport, Wohnungsumfeld und neue Technologien zu einer besseren Mobilität und dadurch Unabhängigkeit älterer Menschen in ihrem direkten Lebensumfeld beitragen solle. "Im Übrigen bergen derartige Maßnahmen auch ein riesiges Beschäftigungspotential in sich", argumentierte Frau Parent.

Finanz- und Schuldenkrise

Zusätzlich sprach die AGE-Vertreterin auch die aktuelle Finanz- und Schuldenkrise in Europa an und bedauerte insbesondere den Effekt, den diese auf die Finanzierung der gesundheitlichen Vorsorge habe. "Natürlich sehen wir, wie in diesem Bereich als allererstes gespart wird, dabei dürfen Vorsorgemaßnahmen nicht als Ausgaben, sondern müssen in erster Linie als Investition in die Zukunft verstanden werden." Dies sei vor allem auch im Interesse der jüngeren Generation, welche bei einer aufgrund durch fehlende Vorsorge bedingten früheren Pflegebedürftigkeit ihrer älteren Verwandten auch Gefahr liefen, in der Mitte ihres Berufslebens aus der Karriere gerissen zu werden, weil man sich zu Hause um die Eltern kümmern müsse. "Am Anfang glaubt man immer, das würde eh nur einige Monate andauern, doch dann werden daraus sehr schnell zehn, 15 Jahre", so Anne-Sophie Parent abschließend.

Peter Matjašič, Europäisches Jugendforum:

"Es gibt keinen Konflikt der Generationen! Es ist eine wissenschaftliche Tatsache, dass der Verbleib von älteren Menschen im Berufsleben keine Auswirkung auf die Jugendarbeitslosigkeit hat.", so der Präsident des Europäischen Jugendforums, Peter Matjašič. Trotzdem muss die Solidarität zwischen den Generationen gefördert und deren Früchte geerntet werden.

In Anspielung auf den Titel der Konferenz "Kann Europa seine Versprechen erfüllen?" meint Matjašič, dass auf EU-Level durchaus erfolgreich gearbeitet und umgesetzt wird.

Speziell in Krisenzeiten wären junge Menschen am stärksten betroffen. Die junge Generation heute habe die beste Ausbildung die jemals eine Generation vorweisen konnte, aber nicht die Möglichkeiten diesen Vorteil voll - auch zum Nutzen der Gesellschaft - auszuspielen. Zum Teil auch deshalb, weil Regierungen nicht bereit wären in sie zu investieren.

Abschließend stellte Matjašič fest: "Junge Menschen müssten nicht nur "anstellbar" sein, sondern auch am demokratischen Prozess beteiligt werden. Denn hinsichtlich Innovation und Kreativität müsste die Jugend besser eingebunden werden!"